

griffes. In: dies. (Hrsg.): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen 1996, S. 9-60

Gosewinkel, Dieter; Rucht, Dieter; van der Daele, Wolfgang; Kocka, Jürgen: Einleitung: Zivilgesellschaft – national und transnational. In: dies. (Hrsg.): Zivilgesellschaft – national und transnational. Berlin 2003, S.11-26

Guggenberger, Bernd (Hrsg.): Jugend erneuert Gemeinschaft. Freiwilligendienste in Deutschland und Europa. Eine Synopse. Baden-Baden 2000

Jakob, Gisela: Freiwilligendienste zwischen Staat und Zivilgesellschaft. In: Soziale Arbeit 12/2011, S. 461-469

Kessl, Fabian: Zivilgesellschaft. In: Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik. Neuwied/Kriftel 2001, S. 2006-2016

Klein, Ansgar: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgerungen. Opladen 2001

Klein, A.; Olk, T.; Hartnuß, B.: Engagementpolitik als Politikfeld: Entwicklungserfordernisse und Perspektiven. In: Olk, T.; Klein, A.; Hartnuß, B. (Hrsg.): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden 2010, S. 24-59

Kocka, Jürgen: Zivilgesellschaft in historischer Perspektive. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 2/2003, S. 29-37

Kneer, Georg: Zivilgesellschaft. In: Kneer, Georg; Nassehi, Armin; Schroer, Markus (Hrsg.): Soziologische Gesellschaftsbegriffe. München 1997, S. 228-251

Kreuter, Jens: Freiwilliges Engagement im staatlich geregelten Dienst. Eine Erfolgsgeschichte. In: Soziale Arbeit 1/2012, S. 24-31

Liebig, Reinhard: Freiwilligendienste als außerschulische Bildungsinstitution für benachteiligte junge Menschen. Wiesbaden 2009

Olk, Thomas: Freiwilligendienste – im Spannungsfeld von Sozialstaat und Zivilgesellschaft. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit 4/2005, S. 60-74

Rauschenbach, Thomas: Freiwilligendienste für junge Menschen – diesseits und jenseits des Zivildienstes. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 6/2010, S. 404-415

Stemmer, Philipp: Freiwilligendienste in Deutschland. Eine Expertise zur aktuellen Landschaft der Inlands- und Auslandsfreiwilligendienste in Deutschland. Herausgegeben vom Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung. Freiburg im Breisgau 2009

Strachwitz, Rupert Graf: Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes. Ausschussdrucksache des Deutschen Bundestages 17(13) 82d. In: http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse/17/a13/anhoerungen/Freiwilligendienste/Stellungnahmen/a13_82_d.pdf. Berlin 2011 (Abruf am 13.3.2012)

Streack, Wolfgang; Schmitter, Philippe C.: Gemeinschaft, Markt, Staat – und Verbände? Der mögliche Beitrag von privaten Interessenregierungen zu sozialer Ordnung. In: Kenis, Patrick; Schneider, Volker (Hrsg.): Organisation und Netzwerk. Institutionelle Steuerung in Wirtschaft und Politik. Frankfurt am Main 1996, S. 123-164

ALLGEMEINES

Initiative „Gleiche Bezahlung – JETZT!“. Die Mehrheit der Abgeordneten des Europaparlaments hat sich für gleiche Bezahlung für Männer und Frauen bei gleicher Tätigkeit ausgesprochen und damit der Initiative „Gleiche Bezahlung – JETZT!“ Nachdruck verliehen. Schon in den Gründungsverträgen der Europäischen Union von 1957 wurde das Prinzip der gleichen Bezahlung bei gleicher Tätigkeit festgeschrieben. Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern stagniert aber seit Jahren bei 17,5% im EU-Durchschnitt und 23% in Deutschland. Mit der Initiative „Gleiche Bezahlung – JETZT!“ wurde das durch den Lissabon-Vertrag gestärkte Initiativrecht des Europaparlaments genutzt. Nun muss die EU-Kommission reagieren. Mit dem Bericht des EU-Parlaments wird die Europäische Kommission aufgefordert, endlich neue gesetzliche Vorschläge zur Durchsetzung der Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern einzubringen. *Quelle: BRANDaktuell Newsletter Nr. 10/2012 vom 1.6.2012*

Interkulturelle Öffnung. Praxishandbuch für die Berliner Verwaltung. Hrsg. Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration. Eigenverlag Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, Berlin 2011, Sammelmappe, kostenfrei (jedoch Portokosten) *DZI-E-0249*

Die interkulturelle Öffnung der Berliner Verwaltung ist eines der zentralen Anliegen der Berliner Politik. Diese bedingt einen Reformprozess, der in allen Verwaltungen und Behörden auf den Weg gebracht werden muss, um der heterogener werdenden Bevölkerung der Einwanderungsstadt Berlin mit ihrer stetig wachsenden Vielfalt Rechnung zu tragen. Das Handbuch enthält bisher einzelne „Hefte zur interkulturellen Verwaltungspraxis in Berlin“. In den folgenden Jahren wird es um weitere Hefte zur interkulturellen Verwaltungspraxis ergänzt. Bestellschrift: Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration, Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin, Tel.: 030/90 17-23 64, Internet: www.integrationsbeauftragter.berlin.de

Wettbewerb um Beratungsstipendien. startsocial e.V. schreibt 2012 zum neunten Mal einen bundesweiten Wettbewerb um 100 Beratungsstipendien für soziale Ideen und Projekte aus. Noch bis zum 31.7.2012 können soziale Ideen und Projekte online registriert werden und deren Initiatorinnen und Initiatoren sich um dreimonatige Beratungsstipendien bewerben. Die Voraussetzung hierfür ist, dass die Projekte zur nachhaltigen Lösung sozialer Probleme beitragen, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen und überzeugende Konzepte zur Einbindung Ehrenamtlicher bilden. Experten und Expertinnen aus der Wirtschaft, dem öffentlichen Sektor und aus sozialen Institutionen arbeiten in dieser Zeit ehrenamtlich mit den Stipendiaten und Stipendiatinnen an der Ausgestaltung und Umsetzung

ihrer Ideen und Projekte. 25 der 100 Projekte werden im Frühjahr 2013 zur Preisverleihung ins Bundeskanzleramt nach Berlin eingeladen. Sechs herausragende Projekte erhalten den mit 5 000 Euro dotierten Bundespreis, ein siebtes Projekt wird mit dem ebenfalls mit 5 000 Euro dotierten Sonderpreis der Bundeskanzlerin ausgezeichnet. Näheres zum startsocial-Wettbewerb steht unter der URL www.startsocial.de im Internet. *Quelle: Pressemitteilung von startsocial e.V. vom 29.5.2012*

Charta für Spenderrechte. Der Deutsche Fundraising Verband e.V. (DFRV) hat seine Charta für Spenderrechte verabschiedet. Sie beinhaltet neun Punkte zum fairen und transparenten Umgang gemeinnütziger Organisationen mit Spenden und Spendern. Vor allem geht es um den Anspruch der Spender auf Information über die Verwendung ihrer Spenden, die Vergütung der Mitglieder gemeinnütziger Organisationen und das Recht der Spender auf freie Entscheidung. Die Charta kann im Internet unter der URL www.fundraisingverband.de/index.php?id=563 abgerufen werden. *Quelle: Nachrichtendienst Bürgergesellschaft vom Mai 2012*

SOZIALES

Neufassung des Berliner Landespflegegeldgesetzes. Das Berliner Landespflegegeldgesetz wird an die Vorschriften der Europäischen Union angepasst. Bei der Gewährung von Blindengeld- oder Pflegegeldleistungen soll das sogenannte Wohnsitzprinzip aufgehoben werden. Gemäß dem Berliner Landespflegegeldgesetz werden blinden, hochgradig sehbehinderten und gehörlosen Menschen monatlich Geldbeträge zum Ausgleich ihrer behinderungsbedingten Mehraufwendungen zur Verfügung gestellt. Bislang bekamen nur diejenigen die Leistungen, die ihren Wohnsitz und gewöhnlichen Aufenthalt in Berlin haben. Das sogenannte Wohnsitzprinzip wurde bislang von allen Bundesländern bei der Gewährung ihrer Blindengeld- oder Pflegegeldleistungen angewandt. Jedoch verstößt dieses Prinzip gegen europäisches Gemeinschaftsrecht, weil es die Freizügigkeit von behinderten EU-Bürgerinnen und -Bürgern in ungerechtfertigter Weise einschränkt. Das hat der Europäische Gerichtshof in seinem Urteil vom 5.5.2011 bestätigt. Von dieser Einschränkung sind insbesondere sogenannte Wanderarbeitnehmer betroffen, die in einem anderen Mitgliedsstaat wohnen und beispielsweise in Berlin arbeiten. *Quelle: Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales des Landes Berlin vom 22.5.2012*

Sanktionen gegen jugendliche Empfänger von Unterstützungsleistungen. Die verschärften Sanktionen für Jugendliche, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) empfangen, sind kritisch zu betrachten. Das war eine der Feststellungen einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales am

21.5.2012. Die Grünen fordern die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Verfahrens-, Leistungs- und Partizipationsrechte der Nutzerinnen und Nutzer sozialer Leistungen stärkt und dadurch auch die Effizienz des sozialen Rechtsstaates steigert. Die Linksfraktion spricht sich dafür aus, die Einbeziehung erwachsener junger Menschen in die Bedarfsgemeinschaft der Eltern aufzuheben und kurzfristig das Sanktionssondersystem für unter 25-jährige erwerbsfähige Leistungsberechtigte aufzuheben. Der Deutsche Gewerkschaftsbund plädierte für eine Angleichung im Sanktionsrecht. Die Arbeiterwohlfahrt fordert, die verschärften Sanktionen im SGB II abzuschaffen, weist jedoch gleichzeitig darauf hin, dass Sanktionen als Drohkulisse prinzipiell Wirkung zeigen. *Quelle: Heute im Bundestag vom 21.5.2012*

Zielvereinbarung ist nicht Voraussetzung für die Gewährung eines Persönlichen Budgets. Ein Gutachten der Universität Kassel setzt sich mit der Entscheidung des Landessozialgerichts Sachsen-Anhalt auseinander, das in einem Eilverfahren über den Antrag eines schwerbehinderten Mannes entschieden hatte, der die Weitergewährung seines Persönlichen Budgets begehrte, ohne zuvor eine neue Zielvereinbarung nach § 4 Budgetverordnung (BudgetV) abgeschlossen zu haben. Die Richter waren der Meinung gewesen, der Abschluss einer Zielvereinbarung sei Voraussetzung für den Bewilligungsbescheid zu einem Persönlichen Budget. Eine wirtschaftliche Mittelverwendung lasse sich nur durch den Abschluss einer Zielvereinbarung sicherstellen und fördern. Das nun vorliegende Gutachten kommt hingegen zu dem Schluss, dass das bisherige Verfahren der Budgetgewährung unter Bezugnahme auf die allgemeinen Mitwirkungspflichten und Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt weitgehend erhalten bleiben kann. Das Gutachten ist im Internet unter der URL www.reha-recht.de/forum-a/beitrag/artikel/diskussionsbeitrag-a13-2012/ abrufbar. *Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes vom 21.5.2012*

Deutscher Behindertenrat kritisiert Verteuerung der Wertmarke. Nach dem Willen mehrerer Bundesländer soll der Preis der Wertmarke, mit der behinderte Menschen Vergünstigungen im öffentlichen Personenverkehr in Anspruch nehmen können, nun von 60 auf 72 Euro im Jahr erhöht werden. Darüber hinaus ist geplant, die Kosten für die Wertmarke automatisch zu dynamisieren. Im Juli letzten Jahres konnten derartige Vorschläge des Bundesarbeitsministeriums von den Verbänden noch erfolgreich abgewehrt werden, weil sie nicht im Einklang mit der UN-Behindertenkonvention stehen. Die Wertmarke zählt zu den Nachteilsausgleichen für behinderte Menschen, die an die Erwerbstätigkeit gekoppelt sind, und wird von zirka 1,4 Mio. Personen erworben, die damit vergünstigt den öffentlichen Personennahverkehr nutzen können. *Quelle: DBR-Presse-meldung vom 11.5.2012*

GESUNDHEIT

Änderungsvorschläge des Bundesrates zur Pflegereform abgelehnt. Die Bundesregierung lehnt die von den Ländern geforderte Nachbesserung der geplanten Pflegereform im Wesentlichen ab. Die Regierung wendet sich gegen den Vorschlag, die bisherige Kurzzeit- und Verhinderungspflege als Vertretungspflege zusammenzufassen und auszudehnen sowie eine flexiblere Inanspruchnahme zu ermöglichen. Während einer Vertretungspflege wird ein Pflegebedürftiger für einen begrenzten Zeitraum in einem Pflegeheim betreut, wenn die Pflegeperson wegen Urlaub oder Krankheit vorübergehend ausfällt. Gegen die Bildung eines Gesamtanspruchs aus Verhinderungs- und Kurzzeitpflege von insgesamt acht Wochen und 3 100 Euro spreche, dass die Pflegebedürftigen sich voraussichtlich mehrheitlich für die Nutzung des Gesamtbetrages von 3 100 Euro im Rahmen der Verhinderungspflege entscheiden, was zu Lasten der qualitätsgesicherten Kurzzeitpflege gehen würde. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem Leistungsverbesserungen für Demenzzranke und eine Beitragssatzerhöhung vor. Die Regierung weist in ihrer jetzt vorgelegten Gegenäußerung auch den Vorstoß der Länder zur geplanten neuen Förderung von Wohngemeinschaften (WG) für Pflegebedürftige zurück. Laut Regierungsentwurf sollen Pflegebedürftige, die in einer solchen ambulant betreuten WG leben, einen Zuschlag von pauschal 200 Euro monatlich für eine gemeinsame Pflegekraft bekommen. Ihre Ablehnung begründet die Regierung mit einem Ausufern des Leistungsanspruchs. Letztlich wäre es damit jedem der 1,5 Mio. Pflegebedürftigen möglich, über einen solchen Zusammenschluss die 200 Euro zusätzlich zum Pflegegeld zu beantragen. In wenigen Punkten kommt die Regierung dem Bundesrat entgegen. Dies betrifft etwa die Forderung, ältere Menschen mit Migrationshintergrund während einer Pflegeberatung in verständlicher Form über Pflege- und Betreuungsangebote zu informieren. *Quelle: Heute im Bundestag vom 1.6.2012*

Psychiatriereform 2011 ... Der Mensch im Sozialraum. Hrsg. Aktion Psychisch Kranke. Eigenverlag. Bonn 2012, 283 S., kostenlos *DZI-E-0250*
Im Januar 1971 wurde die Aktion Psychisch Kranke (APK) gegründet. Zwei Monate später fasste der Deutsche Bundestag den Einsetzungsbeschluss für eine Psychiatrie-Enquete. Die psychiatrische Versorgung befindet sich seitdem auf einem Weg hin zu einer modernen Psychiatrie, die sich an Personenzentrierung und Teilhabe ausrichtet. Der vorliegende Tagungsband dokumentiert den Festakt und den Fachtag anlässlich des 40-jährigen Jubiläums der APK und des Bundestagsbeschlusses. Die Fachbeiträge bilanzieren die erreichten Reformen und zeigen die aktuellen Handlungsfelder auf. Bestellschrift: APK, Oppelner Straße 130, 53119 Bonn, Tel.: 02 28/67 67 40/41, Internet: <http://www.apk-ev.de>

Koordinierungsstelle Gesundheit in Leipzig. Mit dem Modellprojekt „Koordinierungsstelle Gesundheit“ soll an die bisherige erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der AOK PLUS und der Stadt Leipzig innerhalb der Projekte GO und AGNES der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur angeknüpft werden. Eine Erfolgsstrategie der dreijährigen Projektarbeit im Leipziger Osten war die enge Zusammenarbeit von Kindertagesstätten, Schulen, Vereinen, dem Quartiersmanagement, der Städtischen Wohnungsgesellschaft LWB, Gewerbetreibenden und mit den Bewohnern und Bewohnerinnen selbst. Dabei wurden konkrete gesundheitsförderliche Vorhaben umgesetzt wie beispielsweise die Info-Cafés zu Gesundheitsthemen, die Interkulturelle Kochgruppe oder das Netzwerk „Gesundheit Leipziger Osten“. Die Stadt Leipzig hat Gesundheit im neuen Stadtteilentwicklungskonzept für den Leipziger Osten zu einer Querschnittsaufgabe gemacht. Mit dem Modellprojekt soll erstmals die Integration von Gesundheitsaspekten in die Stadtentwicklung mit dem Ziel erprobt werden, gesundheitliche Chancen in Leipziger Stadtteilen durch strukturelle und strategische Maßnahmen langfristig zu verbessern. Die Erkenntnisse sind wegweisend für die Weiterentwicklung kommunaler Gesundheitsförderung. Der deutschlandweite Transfer in die Praxis wird durch eine umfassende Evaluation gesichert. Informationen sind im Internet unter der URL www.gesunder-osten-leipzig.de abrufbar. *Quelle: Pressemitteilung der AOK PLUS, der Stadt Leipzig und der HTWK Leipzig vom 7.6.2012*

JUGEND UND FAMILIE

30 Millionen Kinder in Industrieländern können am Wohlstand nicht teilhaben. Mit der „Report Card 10“ des UNICEF Innocenti Research Center gibt das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen einen Überblick über Kinderarmut in 35 Industrieländern. Rund 30 Mio. Kinder in 35 der reichsten Länder der Welt sind von Armut betroffen. Eine wichtige Erkenntnis der Studie ist, dass Kinderarmut selbst in finanziellen Krisen vermeidbar wäre. Laut UNICEF ist Kinderarmut ein wichtiger, wenn nicht sogar der wichtigste Indikator für das Wohlergehen einer Nation. Er lässt nicht nur Rückschlüsse auf den gegenwärtigen Wohlstand zu, sondern erlaubt auch eine Prognose in Bezug auf die weitere Entwicklung der Gesellschaft, denn es besteht ein stabiler statistischer Zusammenhang zwischen Kinderarmut und tieferen Bildungs- und Arbeitsmarktchancen sowie einem erhöhten Risiko in Bezug auf eine Abhängigkeit von Sozialleistungen. Die neue Studie analysiert Kinderarmut unter zwei vollständig unterschiedlichen Aspekten, die zusammen einen umfassenden Vergleich der wirtschaftlich am höchsten entwickelten Ländern erlauben. Die ökonomische Lage von Kindern wird darin nicht nur anhand von Einkommensarmut verglichen, sondern es werden erstmals für 27 EU-Länder umfassende alltägliche Entbehnungen anhand einer 14 Punkte umfassenden Liste der

absoluten Deprivation von Kindern in die Analyse einbezogen. Beide Aspekte ergänzen sich und ergeben zusammen das derzeit bestmögliche Vergleichsbild von Kinderarmut in den reichsten Staaten der Welt. Darüber hinaus zeigt die Studie auf, inwiefern die untersuchten Länder ihre Verantwortung gegenüber Kindern wahrnehmen und zur Verfügung stehende Ressourcen zugunsten dieser einsetzen. Die Studie ist in Englisch im Internet unter der URL http://assets.unicef.ch/downloads/unicef_pb_reportcard10_en_2012.pdf abrufbar. *Quelle: Pressemitteilung der UNICEF Schweiz vom 29.5.2012*

Kinder in der Kita heilpädagogisch begleiten

und fördern. Inklusion im Kontext einer Regeleinrichtung. Ein Praxisbuch. Von Nicole Körfer-Mommertz und anderen. bhp Verlag. Berlin 2012, 68 S., EUR 10,- *DZI-E-0270*

Dieses Praxishandbuch will Anregungen geben, eine neue Perspektive zu heilpädagogischer Arbeit in Regeleinrichtungen einzunehmen. Die Autorinnen setzen sich in der Schrift fachlich damit auseinander, welche gesetzlichen Grundlagen ein heilpädagogisches Handeln in Regeleinrichtungen ermöglichen und vorgeben. Sie stellen sich die Frage, ob nicht auch die veränderten Lebensbedingungen eine heilpädagogische Praxis in den Einrichtungen erfordern. Erzieherinnen und Erzieher beklagen, dass die Auffälligkeiten bei Kindern immer früher und stärker auftreten und dass Eltern in ihrem Erziehungsauftrag überfordert sind. Anhand von vier Beispielen wird ein Einblick gegeben, wie eine an den Bedürfnissen einzelner Kinder und Kindergruppen ausgerichtete Begleitung unter Berücksichtigung heilpädagogischer Prinzipien gelingen kann. Bestellanschrift: bhp-Verlag, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel. 030/30 40 60 50 60, Internet: www.bhpverlag.de

Kommunale Spitzenverbände unterzeichnen Vereinbarung gegen sexuelle Gewalt.

Der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs hat mit dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund Vereinbarungen zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor sexueller Gewalt getroffen. Einrichtungen der Jugendhilfe sollen durch ihre Verbandsspitzen und Träger unterstützt werden, konkrete Maßnahmen (zum Beispiel einen Verhaltenskodex, eine Risikoanalyse, Fortbildungen für Fachkräfte oder einen Notfallplan bei Vorliegen eines Verdachts) auf der Basis der vom Runden Tisch empfohlenen Leitlinien zur Prävention, Intervention und Aufarbeitung selbst zu entwickeln und anzuwenden. Mit der Vereinbarung setzen sich die Verbände dafür ein, Einrichtungen im Zuständigkeitsbereich der Landkreise, Städte und Gemeinden bei der Einführung und Weiterentwicklung von Schutzkonzepten zu unterstützen. Auch wird der Unabhängige Beauftragte bei zwei bundesweiten Befragungen unterstützt, die 2012 und 2013 durchgeführt werden. Die Einrichtungen sollen darüber

21.8.2012 Berlin. Fachtagung: Umgang mit sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Information: Kind im Zentrum (KiZ), Neue Schönhauser Straße 16, 10178 Berlin, Tel.: 030/282 80 77, E-Mail: kiz@ejf.de

19.-20.9.2012 Weimar. Fachtagung für Führungskräfte in Stationären Einrichtungen der BAG Wohnungslosenhilfe: Arbeitsmarktpolitik – Immer alles neu, aber unsere Probleme bleiben. Information: AG Stationäre Einrichtungen und Werkstätten in der BAG Wohnungslosenhilfe e.V., Sudbrackstraße 17, 33611 Bielefeld, Tel.: 05 21/ 143 96-0, E-Mail: info@gagw.de

19.-20.9.2012 Dortmund. Fachtagung: Partizipation lernen und leben. Eine Herausforderung für öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe. Information: AFET-Bundesverband für Erziehungshilfe e.V., Georgstraße 26, 30159 Hannover, Tel. 05 11/35 39 91 46, E-Mail: gravelmann@afet-ev.de

19.-21.9.2012 Kassel. EREV-Fachtagung: Kaleidoskop Sozialraum: Facettenreiche Lösungen für individuelle Herausforderungen. Information: EREV – Evangelischer Erziehungsverband e.V., Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81-17, E-Mail a.bremeyer@erev.de

19.-21.9.2012 Münster. 9. Kinderschutzforum: Aufbruch – Hilfeprozesse neu gestalten! Information: Die Kinderschutz-Zentren, Bonner Straße 145, 50968 Köln, Tel.: 02 01/56 97 53, E-Mail: die@kinderschutz-zentren.org

20.-21.9.2012 Eichstätt. 1. Eichstätter Fachtagung zur Innovation in der Sozialwirtschaft: Unternehmensstrategien zur Beschäftigung leistungsgewandelter und behinderter Arbeitnehmer. Information und Anmeldung bis zum 7.9.2012: Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Frau Anita Mittermeier-Breitner, Ostenstraße 26, 85072 Eichstätt, Tel.: 08 421/93-16 73, E-Mail: anita.breitner@ku-eichstaett.de

20.-22.9.2012 Koblenz. 6. Workshop: Rekonstruktive Forschung in der Sozialen Arbeit. Information: Prof. Dr. Armin Schneider, Fachhochschule Koblenz, FB Sozialwesen, Konrad-Zuse-Straße 1, 56075 Koblenz, Tel.: 02 61/ 95 28-208, E-Mail: schneider@fh-koblenz.de

24.-25.9.2012 Nürnberg. 5. Fachforum Onlineberatung. Information: Marina Hergenreider, Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg, Keßlerplatz 12, 90489 Nürnberg, Tel.: 09 11/58 80-48 39, E-Mail: marina.hergenreider@ohm-hochschule.de

26.-28.9.2012 Nürnberg. Nürnberger Forum der Kinder- und Jugendarbeit 2012: Die Jugendarbeit und ihre Räume. Information: Jugendamt der Stadt Nürnberg, Herrn Gerald Fröhlich; Dietzstraße 4, 90443 Nürnberg, Tel.: 09 11/ 231-55 97, E-Mail: gerald.froehlich@stadt-nuernberg.de

Auskunft geben, welche Konzepte zu Prävention und Intervention bei sexualisierter Gewalt bereits entwickelt wurden und zur Anwendung kommen, welche geplant sind beziehungsweise in welchen Bereichen Handlungsbedarf besteht. Neben den Befragungen wird eine Kampagne des Unabhängigen Beauftragten, die im Herbst 2012 starten soll, die Umsetzung der Empfehlungen des Runden Tisches begleiten. Die Kampagne wird die Öffentlichkeit weiter für die Thematik sensibilisieren und insbesondere Einrichtungsleitungen aktivieren, Schutzkonzepte (weiter) zu entwickeln beziehungsweise anzuwenden und ein sichtbares Zeichen gegen sexuelle Gewalt zu setzen. Umgekehrt sollen Eltern und Fachkräfte aufgefordert werden, Schutzkonzepte aktiv nachzufragen und einzufordern. *Quelle: Pressemitteilung des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs vom 31.5.2012*

AUSBILDUNG UND BERUF

Stärkere Förderung der Fachhochschulen gefordert. Die SPD verlangt von der Bundesregierung, den Haushaltstitel „Forschung und Fachhochschulen“ um 20 Mio. Euro pro Jahr zu erhöhen und damit dem wachsenden Förderbedarf für Fachhochschulen angemessen Rechnung zu tragen. Zudem soll die Bundesregierung sicherstellen, dass die Einführung der Projektpauschale nicht zu einer faktischen Absenkung der verfügbaren Mittel für die Projektförderung des Bundes und die Zahl der bewilligten Anträge führt, schreibt die SPD-Fraktion in ihrem Antrag im Bundestag. Außerdem sollen kooperative Promotionsvorhaben zwischen Fachhochschulen und Universitäten durch ein neues Förderprogramm „Promotionskolleg“ stärker unterstützt werden. Rund 14 500 Professorinnen und Professoren lehren und forschen an Fachhochschulen. Der Anstieg der Drittmittelförderung für Fachhochschulen zeigt, dass deren Forschung eine immer größere Bedeutung einnimmt. Dabei verfügten die Lehrenden, die durchschnittlich eine hohe Lehrverpflichtung von 18 Semesterstunden pro Woche haben, an Fachhochschulen nur über einen vergleichsweise kleinen Mitarbeiterstab. Professoren und Professorinnen würden meist eigenständig Projekte entwickeln, Partner ansprechen und Anträge schreiben. Der administrative Aufwand für die Forschungsmittelvergabe hat über die Jahre aber stark zugenommen. Auch die Bundesländer sind aufgerufen, die Ausstattung der Fachhochschulen zu verbessern. *Quelle: Heute im Bundestag vom 16.5.2012*

Fortbildung in der Jungenarbeit. Im Herbst beginnt die nächste berufsbegleitende Qualifizierungsreihe „Jungs erreichen! Von der Arbeit mit Jungen zur Jungenarbeit“ der Landesarbeitsgemeinschaft Jungenarbeit NRW in Kooperation mit dem Landesjugendamt und dem Bildungszentrum Jugendhof Vlotho. Die Qualifizierung richtet sich an männliche Fachkräfte, die einen

reflektierten Zugang zu Jungen und ihren Lebens- und Problemlagen gewinnen wollen und darüber hinaus wissen möchten, was Jungenarbeit ist und welche Rolle die eigene Persönlichkeit dabei spielt. Erlernt wird die Erarbeitung geschlechtsbezogener Angebote für Jungen und der Aufbau von Strukturen kollegialer Beratung. Der Kurs beinhaltet zwei dreitägige Module und eine folgende mehrmonatige Praxisphase, in deren Verlauf sich die Teilnehmenden zweimal in Qualitätszirkeln und Peergruppen treffen, die der fachlichen Reflexion und dem Aufbau regionaler Facharbeitskreise dienen. In der Praxisphase setzen die Teilnehmer ein selbst entworfenes Projekt in der eigenen Einrichtung um und beginnen so, Jungenarbeit vor Ort zu verankern. Der nächste Durchlauf im Bildungszentrum Jugendhof Vlotho beginnt am 14.11.2012. Informationen sind im Internet unter der URL http://lagjungenarbeit.de/downloads/2012/2012-06_kampffessspiele.pdf erhältlich. *Quelle: Pressemitteilung der Landesarbeitsgemeinschaft Jungenarbeit NRW vom 16.5.2012*

Qualitätsmanagement im Jugendamt. Ein Prozessmodell für den ASD unter besonderer Berücksichtigung des Datenschutzes. Von Christine Dukek und Jürgen Burmeister. Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge (DV) e.V. Berlin 2012, 268 S., EUR 25,90 *DZI-E-0254*

Wie können in der täglichen Arbeit des ASD effiziente und „datenschutzfeste“ Abläufe sichergestellt werden? Gerade durch die Verantwortung für den sensiblen Bereich des Kinderschutzes ist es notwendig, auf verlässliche Prozesse und Standards zurückgreifen zu können. Dieses Buch entwickelt ein Prozessmodell unter besonderer Berücksichtigung des Qualitätsmerkmals Datenschutz. Es stellt 13 wesentliche Kernprozesse des ASD übersichtlich als Flussdiagramme dar und dokumentiert die Qualitätsstandards für alle einzelnen Prozessschritte. Darüber hinaus enthält das Buch Formulare und Dokumente für die Umsetzung in die Praxis. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter erhalten hierdurch Grundlagen und Hilfsmittel für Arbeitsabläufe, die datenschutzrechtlichen Erfordernissen sowie aktuellen fachlichen Standards entsprechen müssen. Bestellschrift: Deutscher Verein, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel. 030/62 980-502, Internet: www.deutscher-verein.de